## Volles Haus und hitzige Debatten

Gundelsheimer Gemeinderat: Großes Interesse am Neubaugebiet "Ob dem Dorf V" - Rekordergebnis bei der Gewerbesteuer erwartet

Von Caspar Oesterreich

Gundelsheim. Selten war der Gundelsheimer Gemeinderat so gut besucht. Rund 70 Interessierte drängten sich zu Beginn der Oktober-Sitzung im Zuhörerraum, die vorhandenen Stühle reichten bei Weitem nicht aus. Gekommen war der Großteil der Anwesenden wegen des geplanten Neubaugebiets "Ob dem Dorf V" mit insgesamt 47 Bauplätzen in Höchstberg.

Allerdings nicht, weil der Satzungsbeschluss besonders Spannendes oder gravierend Neues beinhaltete. Seit mehr als vier Jahren beschäftigt sich der Gemeinderat schon mit der Realisierung des Baugebiets (die RNZ berichtete mehrfach). Auch die eingegangenen Stellungnahmen im Zuge der finalen öffentlichen Auslage waren nicht wirklich nennenswert. Da ging es um Ausgleichsflächen für Feldlerchen, ein paar Ökopunkte obendrauf sowie den Standort einer Trafostation der Netze BW, die zwar im textlichen, nicht aber im zeichnerischen Teil des Bebauungsplans zu finden war.

Vielmehr wollten die Bürgerinnen und Bürger "Präsenz zeigen, dass alle Gegner erst mal den Kopf einziehen". So hatte es jedenfalls der ehemalige Ortsvorsteher Rudi Sprenger in einem Aufruf formuliert, der sich wohl nicht nur in zahlreichen Briefkästen, sondern auch im Schaukasten vor dem Höchstberger Rathaus wiederfand. "Nur wenn wir alle zusammen hinter unserem Anliegen stehen, werden wir diese Entscheidung hoffentlich zu unseren Gunsten beeinflussen können."

In zwei vergangenen Sitzungen war zunehmend Kritik im Gemeinderat an dem Baugebiet aufgekommen, weil die Stadt plötzlich 44 Grundstücke (am Mittwoch war noch von 43 die Rede) selbst vermarkten sollte. Ursprünglich war mit 20 Bauplätzen gerechnet worden. Aufgrund des Bauzwangs hatte jedoch kaum ein Eigentümer der bisher landwirtschaftlich genutzten Flächen eigenes Interesse an einem Bauplatz bekundet. Mit der Folge, dass sich die für die Zwischenfinanzierung der Erschließung er-forderliche Ausfallbürgschaft der Stadt auf 5,9 Millionen Euro mehr als verdoppelt hatte. Um den Haushalt (zunächst) nicht zu belasten, läuft das Projekt ausgegliedert über die ESB KommunalProjekt AG und könnte nach acht Jahren Laufzeit eine hohe Ablösesumme nach sich ziehen – je nachdem, wie viele Grundstücke bis dahin verkauft sind.

Allen voran Christian Friedrich (Wfh) kritisierte die Wortwahl im Aufruf scharf und sprach von einem Einschüchterungsversuch. Tobias Meckes (LuB) ver-



Da reichten die Stühle im Zuschauerraum nicht aus: Rund 70 Bürgerinnen und Bürger waren zur jüngsten Gemeinderatssitzung in Gundelsheim erschienen, Foto: Caspar Oesterreich

glich das Vorgehen mit "AfD-Methoden". Niemand wolle ein Neubaugebiet in Höchstberg verhindern, es gehe allein um die Dimension des Projekts, betonte Friedrich und stellte eine solch hohe Nachfrage an Bauplätzen infrage. Es gebe insgesamt 36 Anfragen, erklärte Bürgermeisterin Heike Schokatz, wobei 16 davon erst nach dem Aufruf in den vergangenen Tagen eingegangen seien. Eine längere Diskussion entspann sich,

Eine längere Diskussion entspann sich, eine Realisierung in Abschnitten wurde

Sicherheit

vor Komfort

angeregt und dann wieder verworfen. "Wir müssen heute eine Entscheidung treffen", setzte Katja Kolb (CDU) der Debatte einen Schlusspunkt. "Wenn wir den Satzungsbeschluss nicht

weiterverfolgen, haben wir auch Geld in den Sand gesetzt." Am Ende stimmten 16 Räte für das Baugebiet "Ob dem Dorf V", fünf votierten dagegen, zwei enthielten sich – und die Zuschauer applaudierten.

Intensiven Diskussionsbedarf gab es trotz zwei nicht-öffentlich geführter Vorberatungen auch zur Verkehrssicherheit vor dem Feuerwehrgerätehaus. Seit Jahren wird dem Zugang über die Theresienstraße ein hohes Gefahrenpotenzial bescheinigt; zuletzt monierte die Unfallkasse Baden-Württemberg den Begegnungsverkehr im Mai 2023. Denn von Passanten wird der Weg gerne als Abkürzung genutzt, was beim Ausrücken der Einsatzkräfte allerdings schon mehrfach zu brenzligen Situationen geführt habe. 48 Meter ließen sich mit der Abkürzung einsparen, erläuterte Feuerwehrkommandant Tobias Gärtner, "mit einer Rollator-Geschwindigkeit von zwei Kilometern pro Stunde ergibt das eine Zeitersparnis von 34 Sekunden", rechnete er vor und sprach sich klar für die Schlie-

ßung des Weges aus. Die Sicherheit habe einen höheren Stellenwert als Komfort und Befindlichkeiten.

"Wir müssen diesen Standort, den wir noch ganz lange haben werden, so si-

cher wie möglich machen", pflichtete Reinhold Lustig (CDU) dem Kommandanten bei, während Rudolf Schäfer (LuB) mit einer Entscheidung lieber abwarten wollte "bis geklärt ist, was wir da hinten als Alternative machen können". Mit einer Prüfung, ob im dem Bereich weitere Parkplätze für die Feuerwehr errichtet und zudem ein neuer Fußweg hinter dem Feuerwehrgebäude und dem Rathaus bis hin zur Tiefenbacher Str. realisiert werden kann, war die Verwaltung bereits im Mai beauftragt worden.

Mit 15 Ja-, sechs Gegenstimmen und zwei Enthaltungen wurde schließlich die Errichtung eines Zauns für rund 1000 Euro zur Sperrung des Weges beschlossen. Dem Antrag von Rouven Neubert (Wfh), der Verwaltung für den Prüfauftrag eine Frist bis 31. März 2026 zu setzen, stimmten 19 Räte zu.

Erfreuliches hatte Kämmerer Andreas Ockert zu berichten: Der Haushalt 2025 fällt viel besser aus als gedacht. Einerseits, weil deutlich weniger Geld als geplant investiert wurde - der Überschuss im Investitionshaushalt liegt bei rund 500 000 Euro. Anderseits, weil die Gewerbesteuereinnahmen fast dreimal so hoch ausfallen werden wie angenommen. Statt der prognostizierten 1,5 Mio. Euro bereichern die örtlichen Unternehmer die Stadtkasse dieses Jahr voraussichtlich mit mehr als 4,2 Mio. Euro. Ein "Re-kordergebnis", freute sich Ockert, was allerdings zur Folge hat, dass auch die Umlagen an Kreis und Land steigen werden. Nur etwa 35 bis 40 Prozent der Gewerbesteuer verbleiben bei der Stadt. Das trübte die Stimmung jedoch nur kurz. "Im Gegensatz zu vielen anderen Kommunen stehen wir sehr gut da", betonte Ockert. Der Haushalt 2026 werde damit nicht mehr so schwierig wie vorausgesagt. "Wir haben ein Jahr Aufschub bekommen.